



News

| research with impact

- i** Flüchtlingsmigration:
Eine Herausforderung mit Chancen
- i** Binnenwirtschaftlicher Aufschwung setzt sich
fort
- i** Pflegewirtschaft: Steigende Kosten und
knappe Ressourcen erhöhen politischen
Handlungsdruck
- i** 2009 bis 2011 installierte Photovoltaik-Anlagen
sind für private Haushalte besonders lukrativ

Nr. 3/2015

Flüchtlingsmigration: Eine Herausforderung mit Chancen



Die Gesellschaft für deutsche Sprache hat Mitte Dezember das Wort „Flüchtlinge“ zum „Wort des Jahres“ gekürt. Sie trifft damit den Nerv der Zeit, denn in den vergangenen Wochen und Monaten war das Thema Flüchtlingsmigration allgegenwärtig. Auch die Wissenschaft beschäftigt sich damit. So hat der Leibniz-Forschungsverbund „Krisen einer globalisierten Welt“ unter dem Titel „Flüchtlingsmigration – Eine globale humanitäre Krise erreicht Deutschland“ einen Policy Brief veröffentlicht, der die aktuelle Flüchtlingsmigration nach Europa aus verschiedenen Perspektiven betrachtet. Das RWI und der Sachverständigenrat haben sich vor allen mit den ökonomischen Auswirkungen der Flüchtlingsmigration nach Deutschland intensiv befasst.

Laut der aktuellen RWI-Konjunkturprognose ist damit zu rechnen, dass die Aufwendungen für Asylbewerber und Flüchtlinge in diesem Jahr die Ausgaben des Jah-

res 2014 um 4,7 Milliarden Euro übersteigen werden. Für 2016 ergibt sich ein Mehraufwand gegenüber 2014 von 12,6 Milliarden Euro. Für 2017 ist ein Mehraufwand von noch 11,4 Milliarden Euro zu erwarten. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass zum einen die Zahl von Asylbewerbern abnehmen wird und zum anderen die anerkannten Asylbewerber nach und nach Beschäftigung finden werden. Allerdings würden nach RWI-Berechnungen eine schnellere Bearbeitung von Asylanträgen oder eine raschere Integration in den Arbeitsmarkt demgegenüber zu erheblichen Einsparungen führen.

Doch im Vergleich mit vielen anderen gesamtwirtschaftlichen Prognosen sind Vorhersagen zu den Auswirkungen der Flüchtlingsmigration mit einer besonders großen Unsicherheit behaftet. Dies betrifft vor allem die mittlere und lange Frist. So lässt sich derzeit nur äußerst schwer vorhersagen, wie die Integration einer großen Zahl von Menschen in den deutschen Arbeitsmarkt gelingen wird. Denn über das Qualifikationsniveau der Flüchtlinge und Asylbewerber ist bisher meist recht wenig bekannt. Und auch wie schnell sie ihre Kenntnisse und Fähigkeiten auf dem deutschen Arbeitsmarkt einbringen können, ist noch nicht klar.

Bei allen möglichen Risiken und Bedenken darf jedoch nicht vergessen werden, dass die Zuwanderung überwiegend junger Erwerbspersonen für eine alternde Gesellschaft wie die deutsche durchaus auch Chancen bietet. Sie kann Deutschland nicht nur kulturell bereichern, sondern könnte im günstigsten Falle künftig sogar ein höheres Wirtschaftswachstum ermöglichen. Entscheidend wird dafür sein, dass wir anstreben, das vorhandene Potenzial zu erkennen und durch entsprechende Investitionen in den Integrationserfolg bestmöglich zu nutzen.

Christoph M. Schmidt

Binnenwirtschaftlicher Aufschwung setzt sich fort

Das RWI nimmt seine Prognose für das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in diesem Jahr leicht von 1,8 auf 1,7% zurück. Für das nächste Jahr bleibt es bei seiner Prognose von 1,8%, für 2017 erwartet es ein Plus von 1,7%. Die Expansion dürfte weiterhin von der Inlandsnachfrage getragen werden. Davon profitiert auch der Arbeitsmarkt, die Beschäftigung nimmt weiter spürbar zu. Die Inflationsrate dürfte von 0,3% in diesem Jahr auf 1,1% im nächsten Jahr steigen, weil die dämpfenden Effekte des Energiepreistrückgangs auslaufen. Der Staatshaushalt wird in diesem Jahr mit einem Plus von 26 Mrd. Euro voraussichtlich den höchsten Überschuss seit der Wiedervereinigung erreichen. Dieser wird sich in den kommenden Jahren jedoch insbesondere durch die Kosten der Flüchtlingsmigration spürbar verringern. Eine Abschätzung der gesamt- und finanzwirtschaftlichen Wirkungen der Flüchtlingsmigration zeigt, dass derzeit noch keine zuverlässigen Aussagen zu deren mittel- und langfristigen Nettoeffekt möglich sind.

Der Konjunkturaufschwung in Deutschland hat sich in der zweiten Hälfte des Jahres 2015 mit einem gegenüber dem ersten Halbjahr unveränderten Tempo fortgesetzt. Dabei haben sich seine Triebkräfte zu Gunsten der Inlandsnachfrage verschoben. Insbesondere die privaten Konsumausgaben und der staatliche Konsum legten kräftig zu. Von der Außenwirtschaft gingen per saldo dämpfende Effekte aus. Die Exporte verloren deutlich an Schwung, wohl insbesondere wegen der sich abschwächenden Nachfrage aus den Schwellenländern. Zugleich nahmen die Einfuhren angesichts der kräftigen Inlandsnachfrage erneut spürbar zu.

Im Prognosezeitraum bis zum Jahr 2017 wird sich aus heutiger Sicht an diesen Tendenzen wenig ändern. Die Expansion dürfte weiterhin von der Inlandsnachfrage getragen sein, deren Motor ein kräftiger Anstieg der verfügbaren Einkommen ist. Zwar werden die privaten Konsumausgaben voraussichtlich in abnehmendem Maße von den Realeinkommenseffekten der gesunkenen Rohölpreise profitieren. Stimulierend dürfte aller-

dings wirken, dass die Sozialleistungen ausgeweitet werden und Entlastungen bei der Einkommensteuer in Kraft treten. Zudem stützen staatliche Transfers an die Flüchtlinge die Konsumnachfrage. Aufgrund der hohen Flüchtlingsmigration ist außerdem, insbesondere für 2016, ein deutlich erhöhter Staatskonsum zu erwarten, da die Aufwendungen für die Ausstattung und den Betrieb der Flüchtlingsunterkünfte sowie für Unterkunft, Verpflegung, medizinische Versorgung und Integration der Migranten beträchtlich zunehmen. Auch muss der Staat Personal in der Verwaltung und für die schulische Betreuung von Flüchtlingskindern einstellen, da der erhöhte Aufwand nicht alleine durch die Umwidmung von Stellen zu leisten ist.

Konjunktur wird bis zum Jahr 2017 wohl nur wenig Fahrt aufnehmen

Vergleichsweise moderat dürften die Investitionen ausgeweitet werden. Günstig entwickelt sich dabei der Wohnungsbau. Er wird wohl nicht nur von den steigenden Einkommen und den nach wie vor niedrigen Zinsen angeregt werden, sondern auch vom erhöhten Wohnungsbedarf aufgrund der Zuwanderung, der sich wohl nach und nach in der Neubautätigkeit niederschlagen wird. Die Unternehmensinvestitionen werden sich trotz steigender Auslastung der Produktionskapazitäten nur langsam erholen, auch weil sich aufgrund der wohl weiterhin unsicheren Exportaussichten weltmarktorientierte Sektoren bei Kapazitätserweiterungen zurückhalten dürften.

Die Exporte werden im Prognosezeitraum voraussichtlich mit vergleichsweise geringen Raten steigen. Dies liegt im Wesentlichen an der nur verhalten zunehmenden Nachfrage aus den Schwellenländern. Dieser stehen zwar die sich wohl fortsetzende Erholung im Euro-Raum und der Gewinn an preislicher Wettbewerbsfähigkeit durch die Abwertung des Euro entgegen, jedoch kann dies die dämpfenden Wirkungen nicht ausgleichen. Alles in allem nehmen die Ausfuhren aber lediglich mit Raten von 4,5% zu. Bei weiterhin lebhaften Importen ist daher zu erwarten, dass vom Außenbeitrag im Prognosezeitraum keine Impulse für die gesamtwirtschaftliche Expansion ausgehen werden.

Aus der Forschung

Vor diesem Hintergrund dürfte der Aufschwung im Prognosezeitraum nur wenig Fahrt aufnehmen - ungeachtet der wohl anhaltend niedrigen Zinsen, einer leicht expansiv ausgerichteten Finanzpolitik und beträchtlichen, im Wesentlichen durch eine Verringerung der staatlichen Budgetüberschüsse finanzierten staatlichen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration. Nach einer Zunahme des BIP um voraussichtlich 1,7% in diesem Jahr dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im kommenden Jahr um 1,8% ausgeweitet werden. Für 2017 wird zwar eine etwas geringere jahresdurchschnittliche Zunahme des BIP von 1,7% erwartet. Dies liegt aber vor allem an einer 2017 außergewöhnlich geringen Zahl von Arbeitstagen; kalenderbereinigt beträgt der Zuwachs 1,9%.

Flüchtlinge dürften registrierte Arbeitslosigkeit ansteigen lassen

Die deutsche Wirtschaft wird damit spürbar stärker wachsen als das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial, so dass die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung zunimmt. Eine deutliche Überauslastung, von der ein massiver Preisauftrieb ausgehen könnte, zeichnet sich aber nicht ab. Die Kerninflation wird leicht steigen. Da jedoch die dämpfenden Wirkungen seitens der gesunkenen Energiepreise auslaufen, dürfte sich der Anstieg der Inflation dem der Kerninflation annähern. Die Teuerung dürfte damit nach 0,3% in diesem Jahr im kommenden Jahr 1,1% und im Jahr 2017 1,6% erreichen.

Angesichts des Konjunkturaufschwungs und der Verschiebung der Auftriebskräfte zur Binnennachfrage, von der in hohem Maße die personalintensiveren Dienstleistungssektoren profitieren, dürfte die Beschäftigung weiter spürbar zunehmen. Gleichwohl zeichnet sich für den Prognosezeitraum eine steigende Zahl registrierter Arbeitslosigkeit ab, insbesondere da die Beschäftigungschancen vieler Flüchtlinge aufgrund fehlender Sprachkenntnisse und vielfach geringer beruflicher Qualifikationen schlecht sind, so dass diese nach ihrer Anerkennung in erheblichem Umfang arbeitslos sein werden. Dieser Effekt dürfte vor allem im Jahr 2017 spürbar werden. Wir erwarten eine Arbeitslosenquote von jeweils 6,4% in diesem und im kommenden Jahr und einen Anstieg auf 6,6% im Jahr 2017.

Für dieses Jahr zeichnet sich Budgetüberschuss von 26 Mrd. Euro ab

Die hohe Flüchtlingsmigration führt auch dazu, dass sich die Finanzlage des Staates im Prognosezeitraum verschlechtern wird. Für das laufende Jahr zeichnet sich allerdings ein hoher Überschuss von 26 Mrd. Euro bzw. 0,9 % des Bruttoinlandsprodukts ab; dies ist der höchste seit der Wiedervereinigung. Im Jahr 2014 hatte der Überschuss lediglich 9 Mrd. Euro betragen. Ausschlaggebend für diese Verbesserung waren zum einen die infolge der zunehmenden Beschäftigung und der merklichen Lohnsteigerungen kräftig sprudelnden Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen, zum anderen die aufgrund äußerst günstiger Refinanzierungskonditionen weiter sinkenden Zinsausgaben des Staates. Hinzu kommen Sonderfaktoren wie eine Versteigerung von Funklizenzen. Darüber hinaus war der Haushaltsüberschuss im Jahr 2014 durch zwei Gerichtsentscheidungen im Bereich der Gewinnbesteuerung und im Bereich der Umsatzsteuer geschmälert worden.

Der Budgetüberschuss in diesem Jahr wäre noch höher ausgefallen, hätte nicht die Flüchtlingsmigration zu Mehrausgaben in einer Größenordnung von 4,5 Mrd. Euro geführt. Für das kommende Jahr ist ein Rückgang des Überschusses zu erwarten. Dies hat zum einen technische Gründe: Es fallen keine weiteren Versteigerungserlöse an. Zum anderen ist die Finanzpolitik expansiv ausgerichtet. So hat die Bundesregierung für den Zeitraum zwischen 2016 und 2018 ein weiteres Investitionspaket in Höhe von 10 Mrd. Euro aufgelegt, und aus dem schon zur Jahresmitte 2015 eingerichteten „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ dürften verstärkt Mittel abgerufen werden. Hinzu kommen Steuerersenkungen: Zu Beginn des Jahres 2016 werden der Grund- und der Kinderfreibetrag sowie das Kindergeld erneut angehoben. Zudem wird der Einkommensteuertarif nach rechts verschoben, um die durch die kalte Progression in den Jahren 2014 und 2015 entstandenen Mehrbelastungen abzubauen. Insgesamt dürften zunehmende Aufwendungen für die Unterbringung, die Versorgung und die Integration von Flüchtlingen die Staatskasse belasten; diese dürften nochmals höher ausfallen als 2015, der finanzpolitische Impuls beträgt 8 Mrd. Euro. Da die Mehrausgaben des Staates die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stimulieren,

Eckwerte zur RWI-Konjunkturprognose vom Dezember 2015

2014 bis 2017, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2014	2015 ^P	2016 ^P	2017 ^P
Bruttoinlandsprodukt¹	1,6	1,7	1,8	1,7
Verwendung¹				
Konsumausgaben	1,1	2,1	2,0	1,5
Private Haushalte ²	0,9	2,0	1,9	1,4
Staat	1,7	2,4	2,2	1,8
Anlageinvestitionen	3,5	2,1	2,6	3,0
Ausrüstungen	4,5	4,0	2,9	3,4
Bauten	2,9	0,7	2,4	2,9
Sonstige Anlagen	3,1	2,7	2,4	2,4
Vorratsveränderung (Wachstumsbeitrag)	-0,3	-0,5	-0,1	-0,1
Inlandsnachfrage	1,3	1,5	2,0	1,8
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	0,4	0,3	-0,1	0,0
Ausfuhr	4,0	5,6	3,8	4,4
Einfuhr	3,7	5,9	4,8	5,2
Erwerbstätige ³ , in 1000	42.703	43.025	43.325	43.600
Arbeitslose ⁴ , in 1000	2.898	2.795	2.815	2.960
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	6,7	6,4	6,4	6,6
Verbraucherpreise ⁶	0,9	0,3	1,1	1,6
Lohnstückkosten ⁷	1,9	1,8	1,6	1,7
Finanzierungssaldo des Staates⁸				
in Mrd.€	8,9	26	7	9
in % des nominalen BIP	0,3	0,9	0,2	0,3
Leistungsbilanzsaldo⁹				
in Mrd.€	212,1	253	259	259
in % des nominalen BIP	7,3	8,4	8,3	8,0
Nachrichtlich				
Bruttoinlandsprodukt USA	2,4	2,5	2,6	2,5
Bruttoinlandsprodukt Euro-Raum	0,9	1,5	1,5	1,6
Inflation Euro-Raum	0,4	0,0	0,7	1,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. – ¹Preisbereinigt. – ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³Im Inland. – ⁴Nationale Abgrenzung. – ⁵Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen. – ⁶Verbraucherpreisindex. – ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. – ⁸In der Abgrenzung der VGR. – ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. – ^PEigene Prognose.

dürften ihnen aber auch Mehreinnahmen bei Steuern und Sozialabgaben gegenüberstehen. Gleichwohl ist zu erwarten, dass sich der Budgetüberschuss im Jahr 2016 auf knapp 7 Mrd. Euro verringert.

Für 2017 zeichnet sich ein etwas höherer Haushaltsüberschuss von gut 9 Mrd. Euro ab. Weitere Steuersenkungen sind nicht angekündigt, so dass der progressive Einkommensteuertarif wieder ungeschmälert greift. Zudem wird der Beitragssatz zur gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,2%-Punkte angehoben, um die Leistungsausweitungen der zweiten Pflegereform zu finanzieren. Unter den hier getroffenen Annahmen zur Flüchtlingsmigration dürften jedoch die Aufwendungen des Staates in diesem Zusammenhang wieder sinken.

Gesamtwirtschaftliche Wirkungen der Flüchtlingsmigration: Kosten und Nutzen für deutschen Staat

Teil des aktuellen „RWI-Konjunkturbericht“ ist auch eine Abschätzung der kurzfristigen Wirkungen der Flüchtlingsmigration. Demnach ist damit zu rechnen, dass die Aufwendungen für Asylbewerber und Flüchtlinge in diesem Jahr die Ausgaben des Jahres 2014 um 4,7 Mrd. Euro übersteigen. Für 2016 ergibt sich ein Mehraufwand gegenüber 2014 von 12,6 Mrd. Euro. Für 2017 ist ein Mehraufwand von noch 11,4 Mrd. Euro zu erwarten. Dies zum einen, weil von einer abnehmenden Zahl von Asylbewerbern ausgegangen wird, zum anderen, weil die anerkannten Asylbewerber nach und nach Beschäftigung finden. Variiert man einige der Annahmen, verändern sich die Beträge entsprechend. So würde eine schnellere Bearbeitung von Asylanträgen die Ausgaben im Jahr 2017 um rund eine Milliarde Euro reduzieren, selbst wenn man höhere Verwaltungskosten in Rechnung stellt. Eine raschere Integration in den Arbeitsmarkt würde 2016, zumindest wenn sie wie hier angenommen durch höhere Aufwendungen für Integrationskurse ermöglicht wird, zunächst sogar etwas höhere Kosten verursachen und erst 2017 Einsparungen erbringen. Eine raschere Ausreise abgelehnter Asylbewerber würde hingegen nur zu geringfügig niedrigeren Ausgaben des Staates führen.

Die Ausgaben für Flüchtlinge stellen einen Nachfrageimpuls dar, der über verschiedene Wirkungskanäle die Konjunktur stimuliert und damit auch Mehreinnahmen und Minderausgaben für den Staat induziert. So führen die monetären Transfers an die Asylbewerber zu einer höheren Konsumnachfrage und damit zu höheren Einnahmen bei den Verbrauchsteuern. Die zur Bewältigung der Flüchtlingsmigration geschaffenen Stellen und die anfallenden Sachleistungen erhöhen den Staatsverbrauch und die Beschäftigung des Staates, weshalb höhere Einnahmen aus Einkommensteuer und Sozialbeiträgen anfallen. Um diese indirekten Effekte der Flüchtlingsmigration abzuschätzen, wurden Simulationen mit dem RWI-Konjunkturmodell durchgeführt. Danach ist die Zunahme des BIP in diesem Jahr zu etwa 0,2%-Punkten auf die erhöhten staatlichen Aufwendungen für Flüchtlinge zurückzuführen. Der Effekt auf die Zuwachsrate des BIP im kommenden Jahr beträgt rund 0,3%-Punkte. Im Jahr 2017 ist bei rückläufigen Ausgaben der Effekt auf die BIP-Rate leicht negativ.

Auf mittlere Sicht zeigt sich jedoch ein gemischtes Bild: Zwar stimulieren die Ausgaben für die Flüchtlinge – wie jedes Defizit-finanzierte Ausgabenprogramm – kurzfristig die Konjunktur. Für die Folgezeit ergeben sich jedoch auch Belastungen. So dürfte ein hoher Teil der Migranten auf längere Sicht auf Sozialleistungen angewiesen sein. Auch wird die Verschuldung des Staates langsamer abgebaut werden als dies ohne die Flüchtlingsmigration der Fall gewesen wäre. Andererseits ist die Zuwanderung überwiegend junger Erwerbspersonen für eine alternde Gesellschaft eine Chance, da sie das Erwerbspersonenpotenzial erhöht und ein künftig höheres Wachstum ermöglicht. Entscheidend wird es sein, wie es gelingt, dieses Potenzial zu nutzen.

✉ roland.doehrn@rwi-essen.de

📖 RWI (2015), *Die wirtschaftliche Entwicklung zum Jahresende 2015. RWI Konjunkturberichte 66 (4)*

Pflegewirtschaft: Steigende Kosten und knappe Ressourcen erhöhen politischen Handlungsdruck

Eine Studie des IEGUS Instituts und des RWI zeigt: der steigende Bedarf an Pflegeplätzen, Fachkräftemangel und erschwerte Bedingungen für Investoren stellen die Altenpflegewirtschaft vor große Herausforderungen.

Als Folge der zunehmenden Alterung der deutschen Bevölkerung wird es bis zum Jahr 2030 voraussichtlich 720 000 zusätzliche Pflegebedürftige geben. Für sie werden zwischen 145 000 und 320 000 neue stationäre Pflegeplätze benötigt werden. Zu diesen Ergebnissen kommt eine aktuelle Studie des Instituts für europäische Gesundheits- und Sozialwirtschaft (IEGUS) und des RWI im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Sie untersucht, was der wachsende Bedarf an ambulanter und stationärer pflegerischer Versorgung für die Weiterentwicklung der pflegerischen Infrastruktur und deren nachhaltige Finanzierung bedeutet.

Der demografische Wandel und der medizinisch-technische Fortschritt ermöglichen die Chance auf ein längeres Leben, auf der anderen Seite sind immer mehr (ältere) Menschen auf pflegerische Unterstützung und Begleitung im Alltag angewiesen. Den Prognoserechnungen der Studie zufolge werden daher bis zum Jahr 2030 zusätzlich zwischen 31 000 und 72 000 Vollzeitäquivalente in der stationären sowie 30 000 bis 64 000 Vollzeitäquivalente in der ambulanten Pflege benötigt.

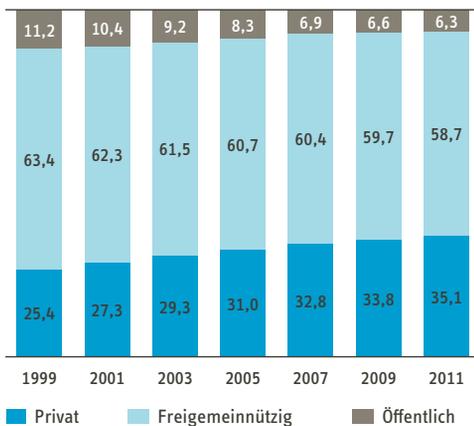
„Der zunehmende Fachkräftemangel in der Pflege ist längst bekannt; die Konsequenz ist eine Beeinträchtigung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung der Branche“, so Ansgar Wübker, stellvertretender Leiter des RWI-Kompetenzbereichs „Gesundheit“. Zwar ist der Engpass nicht in allen Bundesländern gleich hoch, es gibt jedoch kein Bundesland, in dem das Fachkräfteangebot rein rechnerisch den (gemeldeten) Bedarf deckt.

Nur die Hälfte aller Pflegeeinrichtungen ist wirtschaftlich gesund

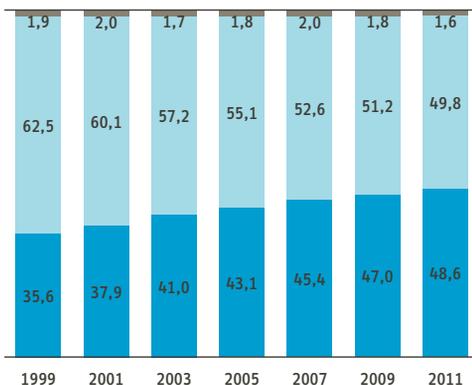
Neben der personellen ist auch die finanzielle Situation vieler Pflegeeinrichtungen schwierig. So waren im Jahr 2011 im Durchschnitt nur 56 Prozent der Einrichtungen voll investitionsfähig, konnten also ihre Kapitalkosten so finanzieren, dass ein reibungsloser Betrieb möglich war. Die Streichung der Investitionsförderung der Bundesländer seit dem Jahr 2011 dürfte dazu beigetragen haben, dass der Anteil der voll investitionsfähigen Pflegeeinrichtungen weiter gesunken ist.

Mit Prävention und Qualifikation dem demografischen Wandel begegnen

Verteilung der stationären Fälle in %



Verteilung der ambulanten Fälle in %



Um den ökonomischen Herausforderungen in der Altenpflegewirtschaft wirkungsvoll zu begegnen, empfehlen die Wissenschaftler folgende Maßnahmen:

- ❏ Aktive Nutzung der Präventionspotenziale, um den Eintritt des Pflegebedarfs zu verzögern. Dies lässt sich durch eine sektorenverbindende Versorgung erreichen. Des Weiteren sollten die Kommunen zur Verbesserung der pflegerischen Infrastruktur eine stärkere Rolle in der Planung und Koordination der einzelnen Akteure vor Ort einnehmen.
- ❏ Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, ist u. a. das Anerkennungsverfahren für ausländische Berufsqualifikationen bundesweit zu vereinheitlichen. Nach dem Vorbild Niedersachsens sollte die Ausbildung zur Pflegeassistenz in allen Bundesländern eingeführt werden.
- ❏ Zur Förderung und Stärkung privater Investoren sollten rechtliche Vorgaben auf das Notwendigste begrenzt bleiben und auf Einzelschriften, z. B. zu Einrichtungsgrößen, verzichtet werden.

✉ ansgar.wuebker@rwi-essen.de

📖 IEGUS Institut und RWI (2015), *Ökonomische Herausforderungen der Altenpflegewirtschaft - Endbericht*. RWI Projektberichte

📖 RWI (2015), *Herausforderungen für die Altenpflege der Zukunft*. RWI Impact Note.

2009 bis 2011 installierte Photovoltaik-Anlagen sind für private Haushalte besonders lukrativ

Deutsche Privathaushalte, die in den Jahren 2009 bis 2011 eine eigene Photovoltaik-Anlage installiert haben, machten damit ein gutes Geschäft. Das zeigt eine aktuelle empirische Analyse für die Jahre 2008 bis 2013 des RWI. Sie macht zudem deutlich, dass die Lasten der Förderung der Erneuerbaren Energien sehr ungleich verteilt sind. Die Schiefelage könnte sich verschärfen, wenn künftig immer mehr Haushalte zu Eigenversorgern mit Solarstrom werden und immer weniger die EEG-Umlage finanzieren müssen.

Die Installation einer eigenen Photovoltaik (PV)-Anlage war in den Jahren 2009 bis 2011 für deutsche Haushalte eine besonders lukrative Investition. Die Rendite betrug im Mittel rund das Dreifache der Zinssätze für eine Bundesanleihe mit vergleichbarer Laufzeit. Zu diesem Ergebnis kommt eine empirische Analyse des RWI für die Jahre 2008 bis 2013. Sie verwendet Daten zum Energieverbrauch der privaten Haushalte, die das RWI und Forsa im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) erhoben haben.

Die Installation einer PV-Anlage in den Jahren 2009 bis 2011 erwies sich insbesondere deshalb als sehr lukrativ, weil die durchschnittlichen Anlagekosten in den Jahren 2009 und 2010 schneller sanken als die Einspeisevergütung. Entsprechend kam es in den Jahren 2009 und 2010 jeweils zu einer Verdopplung der neu installierten Kapazitäten gegenüber dem Vorjahr. Zwar wurden die im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für Solarstrom gewährten Einspeisevergütungen in den Jahren 2010 und 2011 gesenkt, sie gingen jedoch nicht so stark zurück wie die Kosten der PV-Anlagen. Auch Haushalte, die in den Jahren 2007, 2008 und 2012 eine PV-Anlage installierten, konnten damit deutlich höhere Renditen erzielen als mit einer vergleichbaren Bundesanleihe mit einer Restlaufzeit von 20 Jahren.

Gerade kreditfinanziert waren PV-Anlagen eine gute Investition

Besonders wenn die Anlagen mit Krediten finanziert wurden, stellten sie eine lohnende Investition dar. So ließen sich in den Jahren 2009 bis 2011 Eigenkapitalrenditen von 30% erzielen. Bei einer hohen Fremdkapitalquote von 80% und guter Bonität der Haushalte waren sogar Eigenkapitalrenditen um die 50% möglich.

Grundlage der Analyse sind drei Befragungen zum Energieverbrauch der privaten Haushalte in Deutschland für die Jahre 2006-2008, 2009-2010 und 2011-2013. An ihnen nahmen zwischen gut 6 700 und 8 500 Haushalte teil. Insgesamt haben 563 Haushalte angegeben, im Besitz einer PV-Anlage zu sein, für knapp 300 von ihnen lagen die zur Berechnung der Renditen erforderlichen Angaben vor.

PV-Anlagen sind meist ein Investment für Besserverdienende

Wie die Auswertung zeigt, investierten insbesondere wirtschaftlich gut gestellte Haushalte in PV-Anlagen. So verfügten mehr als ein Viertel der 563 Haushalte über ein Nettoeinkommen von mindestens 4 200 Euro im Monat, nur 8,2% lagen unter 1 700 Euro. Mehr als 90% der Haushalte gaben an, in der eigenen Immobilie zu wohnen. PV-Anlagen werden also von eher wohlhabenden Haushalten installiert und genutzt.

Die Kosten der Förderung der Erneuerbaren Energien werden jedoch auf Grundlage des EEG über die EEG-Umlage von der großen Masse der übrigen Stromverbraucher finanziert, nicht zuletzt auch von armutsgefährdeten Haushalten. Zwischen den Jahren 2009 und 2015 hat sich diese Umlage von rund 1,3 Cent auf 6,17 Cent je Kilowattstunde etwa verfünffacht. Angesichts dieser Umverteilung finanzieller Ressourcen stellt sich bei der Förderung des Ausbaus der Erneuerbaren in Deutschland mit Hilfe des EEG die Frage nach einer gerechten Lastenverteilung.



Mehr solare Selbstversorger könnten EEG-Umlage weiter steigen lassen

In Zukunft könnte ein wachsender Eigenverbrauch von Solarstrom zu einer noch ungerechteren Verteilung der Lasten führen. Denn Betreiber von kleineren Anlagen mit einer Leistung von bis zu 10 Kilowatt (kW), wie private Haushalte sie meist betreiben, zahlen nach dem aktuell geltenden EEG weder Stromsteuer noch Umlagen noch andere Abgaben auf den selbstverbrauchten Strom. Entsprechend haben die übrigen Stromverbraucher immer höhere Beiträge zur Finanzierung der EEG-Umlage sowie anderer Abgaben zu schultern. Zudem müssen die Haushalte höhere Netzentgelte zahlen. Das wiederum dürfte sukzessive die Anreize zum Selbstverbrauch erhöhen.

Besonders wenn die Preise von Speichertechnologien künftig stark fallen sollten, könnten immer mehr Haushalte beschließen, weitgehend autark zu werden. Überschüssiger Solarstrom könnte in Batterien gespeichert werden, um sich in sonnenarmen Zeiten weiterhin selbst mit Strom versorgen zu können. Dies wäre nicht allein hinsichtlich der Verteilung der Lasten als kritisch zu sehen. Auch alternative erneuerbare Technologien, die nicht dem Selbstverbrauch dienen, wie etwa die Windstromerzeugung, würden dadurch benachteiligt.

✉ manuel.frondel@rwi-essen.de

📖 Andor, M., M. Frondel und S. Sendler (2015), *Diskussionspapier: Photovoltaik-Anlagen in Deutschland – Ausgestattet mit der Lizenz zum Gelddrucken?.* RWI Materialien 94. Essen: RWI.

📖 RWI (2015), *Klima- und Energiepolitik in Deutschland.* RWI Impact Note.

Kleinräumiges Rasterverfahren bildet divergierende Mietpreisentwicklung besser ab

Kürzlich entschied der Bundesgerichtshof (BGH), dass Vermieter in Berlin die Miete auch weiterhin nur in kleinen Schritten erhöhen können. Er verwarf damit eine Klage, die sich auf die sehr heterogene Wohnungsknappheit in Berlin berief. Eine aktuelle Analyse des FDZ Ruhr am RWI zeigt jedoch beispielhaft, dass die Variation der Mieten innerhalb von Berliner Stadtteilen in den vergangenen Jahren tatsächlich zugenommen hat. Die dazu verwandte Rasterdarstellung auf Ein-Quadratkilometer-Ebene bildet die heterogene Wohnraumknappheit besser ab als die bisher häufig verwendete Analyse auf Basis durchschnittlicher Mieten von Städten oder Stadtteilen.

Die Mietpreisentwicklung erregt in Deutschland weiterhin besondere Aufmerksamkeit. Eine Klage gegen die einheitliche Kappungsgrenze in Berlin wurde kürzlich durch den Bundesgerichtshof verworfen. Demnach darf die Mietsteigerung in der Hauptstadt auch künftig 15 Prozent innerhalb von fünf Jahren nicht überschreiten. Die Klage war mit der sehr heterogenen Wohnungsknappheit in Berlin begründet worden, die eine einheitliche Kappungsgrenze unsinnig erscheinen lässt. Vor diesem Hintergrund hat das Forschungsdatenzentrum Ruhr am Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (FDZ Ruhr am RWI) die Entwicklung der Mietpreise in Berlin auf der Ein-Quadratkilometer-Ebene analysiert.

Neben erheblichen Unterschieden der Mieten im gesamten Stadtgebiet zeigt die Auswertung, dass die Variation der Mieten innerhalb der betrachteten kleinräumigen Raster deutlich zugenommen hat. Der durchschnittliche Mietpreis in einem Gebiet ist damit tatsächlich ein immer weniger aussagekräftiges Maß für die Abbildung der Realität. Die Ungenauigkeit der durchschnittlichen Mieten steigt mit der Größe der gewählten räumlichen Einheiten erheblich an. Daher kann die Heterogenität einer Wohnraumknappheit durch die in der vom FDZ Ruhr am RWI gewählten Rasterdarstellung

Aus der Forschung

lung auf Ein-Quadratkilometer-Ebene deutlich besser abgebildet werden als durch die häufig verwendete Analyse der Entwicklung der durchschnittlichen Mieten auf der Ebene von Städten oder Stadtteilen.

Berlin: Teure Mietwohnungen verzeichnen geringere Mietpreisanstiege

Das höchste Mietpreisniveau liegt in der geographischen Mitte und in angrenzenden südwestlichen Gebieten Berlins. Es ist jedoch zu beobachten, dass in den Gebieten mit hochpreisigen Angeboten die Zunahme des Mietzinses gegenüber den Jahren 2007 und 2008 deutlich geringer ausfällt als in den direkt angrenzenden Quartieren. Mit zunehmender Entfernung zur Mitte Berlins nehmen die Steigerungen des Mietpreisniveaus deutlich ab. In einigen Außenbezirken lassen sich Räume identifizieren, in denen in den Jahren 2013/14 das Mietpreisniveau von 2007/08 nicht gehalten werden konnte.

Die Auswertung beruht auf Daten des Internetportals Immobilienscout24 zu Mietangeboten. Dargestellt sind die Quadratmeterpreise der Mietangebote von 60- bis 90-Quadratmeter-Wohnungen aus den Jahren 2007/2008 und 2013/2014. Zentrale Größen der Untersuchung sind die Steigerungen der Durchschnittspreise und die jeweiligen Varianzen in den Quadratmeter-Rastern. Raster mit weniger als zehn Beobachtungen werden aus Gründen der Anonymisierung und ihrer eingeschränkten statistischen Aussagekraft nicht berücksichtigt.

✉ ruediger.budde@rwi-essen.de

Diesem Beitrag liegt ein Rasterdatensatz für die Stadt Berlin zugrunde. Auf Nachfrage sind beim FDZ Ruhr am RWI Rasterdatensätze für zahlreiche deutsche Städte und Regionen erhältlich. Die Berechnung ist Teil der neu gestarteten Rubrik „Fundgrube“, in der Datensätze des FDZ Ruhr am RWI ausgewertet werden. Karten zu diesem Text sind unter der nachfolgend angegebenen Internetadresse verfügbar.

🌐 <http://fdz.rwi-essen.de/fundgrube.html>

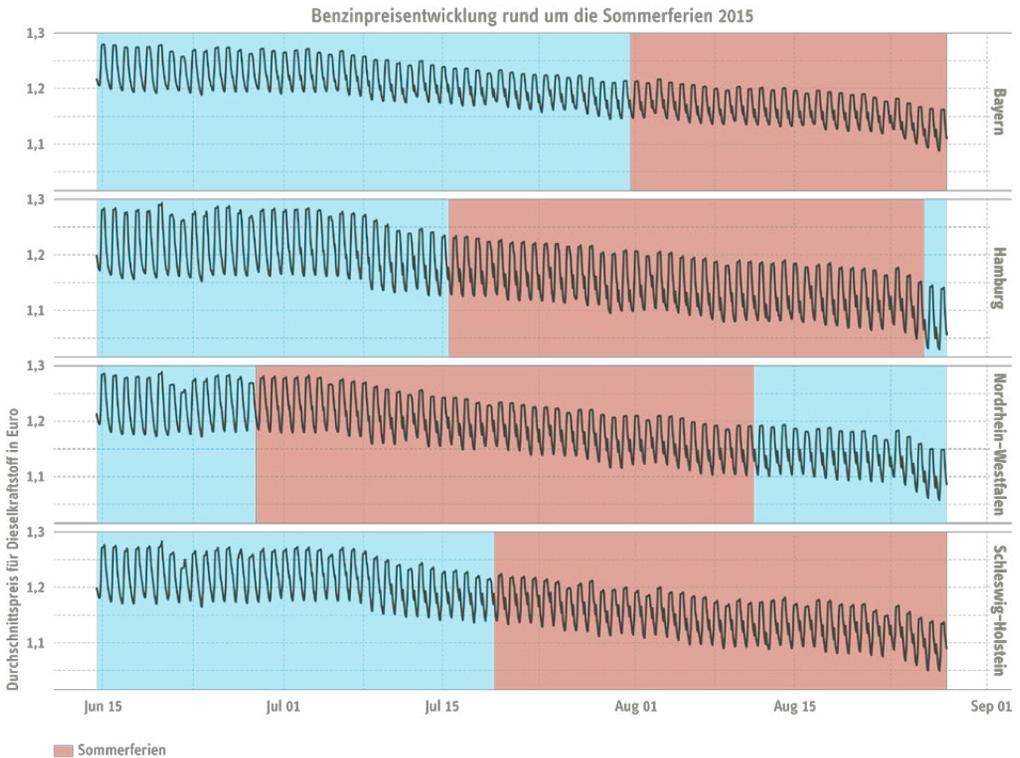
RWI-Benzinpreisspiegel: Benzinpreise weichen zu Beginn und Ende der Sommerferien kaum vom üblichen Verlauf ab

Die Benzinpreise der fünf großen Tankstellenbetreiber sind rund um Beginn und Ende der Sommerferien in den einzelnen Bundesländern in diesem Jahr bislang praktisch nicht vom üblichen Verlauf abgewichen. Hinweise auf außergewöhnlich hohe Preise gibt es nicht. Zu diesem Ergebnis kommt der aktuelle RWI-Benzinpreisspiegel auf Basis von Daten der Markttransparenzstelle für Kraftstoffe. Die Auswertung zeigt zudem erneut, dass die Benzinpreise täglich dem gleichen Muster folgen. Tanken ist demnach gegen 18 Uhr am günstigsten.

Die fünf großen deutschen Tankstellenbetreiber Aral, Shell, Jet, Esso und Total sind mit ihren Benzinpreisen rund um Beginn und Ende der Sommerferien in diesem Jahr bislang praktisch nicht vom üblichen Verlauf abgewichen. Es gibt keinen Hinweis auf außergewöhnlich hohe Preise rund um die Sommerferien in den einzelnen Bundesländern. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Analyse der Kraftstoffpreise des RWI im Rahmen des RWI-Benzinpreisspiegels.

Die Auswertungen basieren auf Millionen von an das Bundeskartellamt gemeldeten Informationen über Kraftstoffpreise aus dem Zeitraum Mai 2014 bis August 2015. Seit 1. September 2013 müssen die Betreiber der über 14 000 Tankstellen in Deutschland der beim Bundeskartellamt beheimateten staatlichen Markttransparenzstelle für Kraftstoffe ihre Preise melden.





Tanken ist gegen 18 Uhr am günstigsten

Wie bereits im Rahmen des RWI-Benzinpreisspiegels veröffentlicht, zeigte sich zudem erneut, dass die Benzinpreise offenbar einem täglich gleichen Änderungsmuster folgen. Ihren Tiefststand haben sie gegen 18 Uhr am Abend, steigen dann bis gegen 23 Uhr relativ stark an, verharren auf diesem Niveau bis gegen 5 Uhr und fallen schließlich wieder langsam bis 18 Uhr am nächsten Abend.

✉ manuel.fronde1@rwi-essen.de

🌐 www.rwi-essen.de/benzinpreisspiegel

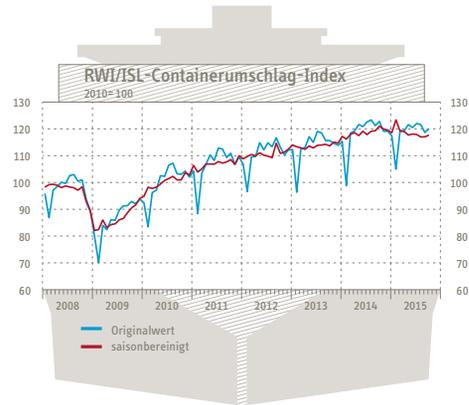
Aus der Forschung

Welthandel legt leicht zu ■

Im Oktober hat sich der Containerumschlag-Index des RWI und des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) leicht verbessert. Er ist von (revidiert) 117,3 auf 117,9 gestiegen. Abzuwarten bleibt, ob dies eine Trendwende beim Welthandel anzeigt. Verbesserungen in einzelnen Monaten waren auch während früherer Abschwungphasen häufiger beobachtet worden, ohne dass diese eine Tendenzwende anzeigten.

www.rwi-essen.de/containerindex

Monat	Originalwert	saison- und arbeitsmäßig bereinigt	Trend- Zyklus- Komponente
Aug 14	121,9	117,2	117,6
Sep 15	118,9	117,3	117,5
Okt 15	120,3	117,9	117,4



Eigene Schätzungen nach Angaben für 81 Häfen; Oktober 2015: Schnellschätzung.

Eingeworbene Forschungsaufträge

Kommunale Finanzpolitik im Kammerbezirk; finanzpolitische Profile von Gemeinden ausgewählter Städte
Auftraggeber: IHK Duisburg
Ansprechpartner: Prof. Dr. Roland Döhrn
Laufzeit: 08-11/2015

Empirische Messung der Aufkommenselastizität der veranlagten Einkommensteuer in Relation zu den Unternehmens- und Vermögenseinkommen
Auftraggeber: Bundesministerium der Finanzen
Ansprechpartner: Heinz Gebhardt
Laufzeit: 08/2015-03/2016

Full Life-cycle Trial Periods as a Way to Stimulate the Adoption of more Efficient Bioenergy Technologies in Rural Senegal
Auftraggeber: Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) an der Rheinischen Friedrich Wilhelms-Universität Bonn
Ansprechpartner: Dr. Gunther Bensch
Laufzeit: 09/2015-12/2015

Financial Literacy and Access to Microfinance in Rwanda
Auftraggeber: Genesis
Ansprechpartner: Prof. Dr. Jörg Peters
Laufzeit: 09/2015-11/2017

Access to Sustainable Domestic Fuels in Senegal
Auftraggeber: 3ie
Ansprechpartner: Prof. Dr. Jörg Peters
Laufzeit: 09/2015-2/2016

The Role of Social Information, Incentives and Habits in Household Electricity Consumption
Auftraggeber: Schweizerischer Nationalfonds (SNF)/ Universität Lausanne
Ansprechpartner: Dr. Mark Andor
Laufzeit: 11/2015-09/2017

Research Cooperation with Rwanda in Applied Macroeconomics
Auftraggeber: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Ansprechpartner: Dr. Torsten Schmidt
Laufzeit: 12/2015-12/2016



Aus der Ruhr-Universität Bochum (RUB)

Innovatives Lehrkonzept „Projekte in Wissenschaft und Praxis“ an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften gestartet

Zu Beginn des Wintersemesters 2015/16 startete an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Ruhr-Universität Bochum (RUB) mit den „Projekten in Wissenschaft und Praxis“ mit großem Erfolg ein neues, innovatives Lehrkonzept. Die Studierenden lernen im Rahmen einer dreitägigen Blockveranstaltung die Grundlagen des Projektmanagements aus verschiedenen Perspektiven kennen. Anschließend bearbeiten sie in Teams über einen Zeitraum von acht Wochen verschiedene Projekte zu realen Fragestellungen eines Unternehmens oder einer Institution. Jedes Projekt wird durch Hochschullehrer als Projektpaten begleitet. Alle Teilnehmer erhalten abschließend ein Zertifikat der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften. Das RWI unterstützt dieses Konzept und hat sich in diesem Herbst mit den folgenden drei Projekten beteiligt:

- ▣ „Regionale Bevölkerungsprognosen im Wandel der Zeit“
- ▣ Klimawandel in Deutschland – Zahlungsbereitschaft und Einstellungen privater Haushalte“
- ▣ „Analyse des privaten Konsums mit Google-Daten“

Mit diesem neuen Konzept leistet die Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der RUB einen entscheidenden Beitrag zur Profilbildung der Studierenden sowie zum Wissenstransfer zwischen der Forschung und der Praxis.

Auch andere Institutionen sind herzlich eingeladen, sich mit einer Projektidee unter wiji-projektpraktika@rub.de einzubringen.

Aus der Universität Duisburg-Essen

Olga-Radzyner-Preis 2015 an Zoryana Olekseyuk

Zoryana Olekseyuk hat für ihre Arbeit „Modeling of FDI in business services: Additional effects in case of Ukraine’s European integration“ von der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) den Olga-Radzyner-Preis 2015 erhalten. Dieser Preis für wissenschaftliche Arbeiten wurde von der OeNB zum Gedenken an die ehemalige Leiterin der Auslandsanalyseabteilung und Pionierin der Zentral- und Osteuropalanalyse in der OeNB Olga Radzyner geschaffen. Der Preis wird seit 2002 jährlich an bis zu vier junge Ökonominen und Ökonomen aus Zentral-, Ost- und Südosteuropa für ausgezeichnete Forschungsleistungen zum Thema wirtschaftliche Integration in Europa vergeben. Der Preis wurde im Rahmen der Conference on European Economic Integration (CEEI) der OeNB am 16. Oktober in Warschau verliehen. Das Preisgeld beträgt 3 000 Euro.



Aus den Ruhrgebiets-Universitäten

11. Ruhr Graduate Summer School zu Handel und Klimapolitik



Im Vorfeld der UN-Klimakonferenz in Paris fand vom 28. September bis zum 2. Oktober die elfte Ruhr Graduate Summer School an der Universität Duisburg-Essen statt. Prof. Dr. Volker Clausen, Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Duisburg-Essen, hatte weltweit gefragte Kollegen für den einwöchigen Workshop gewonnen: Edward Balistreri von der Colorado School of Mines, USA, und Christoph Böhringer von der Universität Oldenburg. Auch der Kreis der Gäste war international – sie kamen u.a. aus dem Iran und Kuwait. „Essen wird als Standort energiewirtschaftlicher Forschung geschätzt“, unterstrich Clausen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer trafen sich zum Thema „Trade and Climate Policy Analysis with GAMS and MPSGE“, um Analysemöglichkeiten für die Evaluierung klima- und handelspolitischer Maßnahmen kennenzulernen. Mit allgemeinen Gleichgewichtsmodellen können für einzelne Länder volkswirtschaftliche Kosten, der Nutzen sowie Verlagerungs- und Verteilungswirkungen abgeschätzt werden – beispielsweise, wenn es um die Folgen einer CO₂-Steuer geht. „Solche anspruchsvollen Modelle eignen sich natürlich auch für Promotionsvorhaben. Mit dem Workshop bewegen wir uns am aktuellen Rand der Forschung im Dienste der wissenschaftlichen Politikberatung“, so Prof. Clausen.

Die Summer School gehört zur Ruhr Graduate School in Economics. Dieses Promotionsprogramm in der Volkswirtschaftslehre wird von den Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen sowie dem RWI gemeinsam getragen.

Eugen Kováč neuer Professor für Volkswirtschaft an der UDE

Innovationen sind auf Märkten nicht immer erfolgreich. Besonders ärgerlich ist es, wenn Geldgeber ihr Kapital in riskante Unternehmungen investiert haben und verlieren. Eugen Kováč (37), neuer Professor für Volkswirtschaft mit dem Schwerpunkt Mikroökonomik und Außenwirtschaft an der Universität Duisburg-Essen (UDE), untersucht, wie sich das Risiko reduzieren ließe. Professor Kováč gehört auch zum Lehrkörper der Ruhr Graduate School in Economics.



Kováč studierte bis 2002 Mathematik an der slowakischen Comenius University in Bratislava. Danach absolvierte er in Prag ein Ökonomie-Studium an der Charles University und wurde 2007 promoviert. Bis 2008 war er Postdoktorand an der Universität Bonn, wo er im selben Jahr zum Juniorprofessor berufen wurde. Zugleich forschte er bis 2010 am Ökonomischen Institut der Academy of Sciences der Tschechischen Republik. Seine Arbeiten wurden mehrfach ausgezeichnet.



19. RWI-Wirtschaftsgespräch hinterfragt, wie weit der Staat die Bürger lenken darf

„Stups oder Schubs? – Potenzial und Risiko des Nudge-Ansatzes in der Politikberatung“ – so lautete das Thema des diesjährigen RWI-Wirtschaftsgesprächs am 23. November in der Philharmonie Essen. Erstmals gab dort die Leiterin der neu gegründeten Projektgruppe „Wirksam regieren“ im Bundeskanzleramt öffentlich Einblicke in ihre Arbeit. Dabei stellte sie klar, dass es ihrer Projektgruppe um Information und nicht um Manipulation geht.

Darf der Staat die Entscheidungen seiner Bürger in eine bestimmte Richtung lenken? Oder besteht seine Aufgabe eher darin, ihnen Informationen an die Hand zu geben, auf deren Basis sie fundierte Entscheidungen treffen können? Diese Kernfrage stand im Mittelpunkt des 19. RWI-Wirtschaftsgesprächs zum Thema „Stups oder Schubs? – Potenzial und Risiko des Nudge-Ansatzes in der Politikberatung“, das am 23. November in der Essener Philharmonie stattfand.

Moderiert von RWI-Kommunikationschef Dr. Nils aus dem Moore diskutierten Prof. Dr. Gerd Gigerenzer, Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung,

Diskutierten beim diesjährigen Wirtschaftsgespräch lebhaft und Möglichkeiten und Grenzen des Nudging (v.l.n.r.): RWI-Präsident Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Prof. Dr. Lucia Reisch (Copenhagen Business School), Moderator Dr. Nils aus dem Moore, Dr. Andrea Schneider (Bundeskanzleramt) und Prof. Dr. Gerd Gigerenzer (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung)

Prof. Dr. Lucia Reisch, Professorin an der Copenhagen Business School und Vorsitzende des Sachverständigenrates für Verbraucherfragen, Dr. Andrea Schneider, stellvertretende Leiterin des Stabs Politische Planung im Bundeskanzleramt, und RWI-Präsident Prof. Dr. Christoph M. Schmidt. Die Möglichkeiten und Grenzen verhaltenswissenschaftlich basierter Politikinstrumente wurden intensiv debattiert. Rund 150 Gäste nahmen an der Veranstaltung der Freunde und Förderer des RWI teil. Sie fand mit Unterstützung der Commerzbank AG statt.



Manfred Breuer, Präsident der Gesellschaft der Freunde und Förderer des RWI, begrüßte die Gäste des Wirtschaftsgesprächs in der Essener Philharmonie

Termine

Im Bundeskanzleramt will man besser verstehen, wie Entscheidungsprozesse ablaufen

Um das „Nudging“ (von „to nudge“, engl.: stupsen) und seine Möglichkeiten auszuloten, wurde im Bundeskanzleramt vor kurzem eine Projektgruppe „Wirksam regieren“ eingerichtet. Andrea Schneider, Leiterin dieser Projektgruppe, stellte schon zu Beginn der Podiumsdiskussion klar, dass es der Bundesregierung nicht darum gehe, die Bürger zu manipulieren. Stattdessen solle „der mündige Bürger in seiner Kompetenz gestärkt werden“. Im Zentrum der Arbeit ihrer Gruppe stehe, zu verstehen, wie Entscheidungsprozesse beim Menschen ablaufen. „Es geht nicht darum, ein besseres Instrumentarium zu entwickeln, sondern vielmehr darum, aus den bereits vorhandenen Instrumenten das wirksamste zu identifizieren“, betonte Schneider. Klar sei dabei immer: „Es muss dem Menschen überlassen bleiben, was er für richtig hält.“

Vom „Nudging“ und seinen Möglichkeiten überzeugt zeigte sich Lucia Reisch. Es gehe beim Stupsen „um große Effekte kleiner Veränderungen“. Sie gab zu bedenken, dass 90% der Konsumententscheidungen ohne Beteiligung des präfrontalen Cortex getroffen werden, also ohne Einbindung der Hirnregion, in der nach aktuellem Stand der Wissenschaft die Rationalität sitzt. Diese beschränkte Rationalität müsse man anerkennen und lernen, mit ihr umzugehen. Reisch zeigte sich verwundert darüber, dass das „Nudge“-Konzept in Deutschland bisher auf recht viel Kritik stößt. In Skandinavien zeige man sich diesbezüglich wesentlich aufgeschlossener. Die höhere Akzeptanz liege vermutlich daran, dass der Prozess dort auch stärker als hierzulande von Initiativen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft getragen werde und die Bürger selbst forderten, bei der Gestaltung politischer Initiativen und Instrumente neben den Erkenntnissen der Ökonomie auch die Einsichten verhaltenswissenschaftlicher Disziplinen wie der Psychologie stärker zu berücksichtigen.

Gigerenzer: „Nudging ist sanfter Paternalismus“

Als großer Kritiker des „Nudge“-Ansatzes in der Politik erwies sich Gerd Gigerenzer. Der Staat solle nicht versuchen, die Bürger zu lenken, sondern sie durch die Bereitstellung von Informationen zu starken Bürgern machen, „die Demokratie leben können, statt sie nur auszufüllen“. „Nudging ist sanfter Paternalismus“, so Gigerenzer. Anstatt zu nudgen solle der Staat beispielsweise dafür sorgen, dass schon Schüler im Mathematikunterricht lernen, Risiken richtig zu bewerten. In vielen Fällen sei zudem eher die Rationalitätsvorstellung der Forscher das Problem. So könne das Zurückgreifen auf Gewohnheiten im Alltag durchaus eine rationale Reaktion der menschlichen Psyche auf Ressourcenknappheit sein, in diesem Fall auf einen Mangel an Zeit, um stets neu zu entscheiden.

RWI-Präsident Christoph M. Schmidt begrüßte, dass die Bundesregierung sich offenbar vermehrt für die Entscheidungsprozesse ihrer Bürger interessiert. Von Moderator Nils aus dem Moore befragt, ob es denn nicht als Kritik an der Ökonomie zu sehen sei, dass die Politik Evidenzbasierung eher bei Verhaltenswissenschaftlern als bei Ökonomen suche, zeigte er sich gelassen. „Das ist Wasser auf die Mühlen der Ökonomen“ konstatierte Schmidt. Schließlich ginge es auch in seiner Disziplin häufig darum, Rahmenbedingungen und ihre Auswirkungen zu untersuchen. Es sei sogar ausdrücklich zu begrüßen, dass mögliche Nudging-Instrumente in Feldversuchen experimentell getestet würden.“ Damit trage die Projektgruppe „Wirksam regieren“ zu einer stärkeren Evidenzorientierung der Politik insgesamt bei.

✉ katharina.fischer@rwi-essen.de

🌐 www.rwi-essen.de/freunde-und-foerderer/



Die Stifter und Empfänger der Preise für das Jahr 2014 (v.l.n.r.): Jens Koschik (Geschäftsführender Vorstand der Freunde und Förderer), die RWI-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Manuel Frondel, Hanna Frings, Christian Bünnings, Roman Mennicken (ehem. RWI), Corinna Hentschker, Manfred Breuer (Präsident der Freunde und Förderer), Sandra Schaffner, Peggy Bechara, Sebastian Garmann, Ronald Bachmann und RWI-Präsident Christoph M. Schmidt.

Vergabe der RWI-Preise für herausragende wissenschaftliche Leistungen

Im Rahmen des 19. RWI-Wirtschaftsgesprächs am 23. November zeichnete die Gesellschaft der Freunde und Förderer des RWI herausragende wissenschaftliche Leistungen aus, die im Jahr 2014 am RWI entstanden sind. Die Preise wurden an die Autoren besonders guter Publikationen in referierten Fachzeitschriften sowie für die beste Promotion verliehen. Erstmals wurde zudem ein Preis für wirtschaftspolitische Beratung vergeben. Die Auswahl der Preisträger hatte zuvor der Forschungsbeirat getroffen.

Die drei Publikationspreise (dotiert mit 1 500, 1 000 und 500 Euro) zeichnen in referierten Fachzeitschriften veröffentlichte Artikel aus. Dieses Mal gab es zwei ersten und einen dritten Platz, die Preise gingen an:

- ❑ Platz 1: Christian Bünnings und Harald Tauchmann: "Who opts out of the statutory health insurance? A discrete time hazard model for Germany", veröffentlicht in „Health Economics“.

- ❑ Platz 1: Corinna Hentschker und Roman Mennicken: "The Volume-Outcome Relationship and Minimum Volume Standards- Empirical Evidence for Germany", veröffentlicht in „Health Economics“.
- ❑ Platz 3: Ronald Bachmann, Peggy Bechara und Sandra Schaffner: "Wage inequality and wage mobility in Europe" publiziert in "Review of Income and Wealth".

Der Juniorpreis (dotiert mit 500 Euro) ist ein Sonderpreis für die beste Publikation einer Doktorandin oder eines Doktoranden. Der Preisträger 2014 ist:

- ❑ Sebastian Garmann: „Elected or appointed? How the nomination scheme of the city manager influences the effects of government fragmentation“ veröffentlicht in "Journal of Urban Economics".

Der Dissertationspreis (dotiert mit 1 500 Euro) ehrt die beste am RWI entstandene Promotion und wurde verliehen an:

- ❑ Hanna Frings: „Minimum Wages: Boon or Bane? Microeconomic Evidence from Germany“ (summa cum laude).

Termine

Zudem wurde erstmals der mit 500 Euro dotierte Preis für wirtschaftspolitische Beratung vergeben, er ging an Manuel Frondel für seine kritische Begleitung der Energiewende aus wissenschaftlicher Sicht.

Sachverständigenrat übergibt Jahresgutachten an Bundesregierung



„Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt“ lautet der Titel des Jahresgutachtens 2015/16 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, das am 11. November durch den Ratsvorsitzenden und RWI-Präsidenten Christoph M. Schmidt an die Bundeskanzlerin übergeben wurde. Es hat drei Schwerpunktthemen: die Bewältigung der Flüchtlingsmigration, die Stärkung der Architektur der Europäischen Währungsunion und die Schaffung von

Voraussetzungen für mehr Wachstum in Deutschland. „Zwar dürfte die gute wirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr anhalten. Durch die Flüchtlingsmigration ist es jedoch noch wichtiger geworden, die Zukunftsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft durch geeignete Rahmenbedingungen zu gewährleisten,“ so Christoph M. Schmidt.

Neue RWI-Kolumne

„Triumph der Evidenz“ - mit einem Beitrag über die Möglichkeiten der Wirtschaftswissenschaften, durch evidenzbasierte Methoden kausale Effekte zu ermitteln, hat das RWI am 30. Oktober seine regelmäßige Kolumne „RWI Ökonomix“ auf dem neu gestalteten Internetauftritt des Wirtschaftsmagazins BILANZ gestartet. RWI-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stellen in dieser Kolumne relevante Erkenntnisse der empirischen Wirtschaftsforschung vor. Ergänzend diskutieren diese aber auch, zu welchen Fragen (noch) keine abgesicherten Erkenntnisse bereitgestellt werden können und die Politik daher gut beraten wäre, auf das Vorsichtsprinzip zu setzen. Die Auswahl der Themen orientiert sich an jenem Claim, in dem die Abkürzung des Instituts vor einiger Zeit neu interpretiert wurde: „RWI - Research with Impact“.

www.bilanz.de/autor/rwi



Gemeinschaftsdiagnose tagte im RWI

Mehr als zwei Wochen lang haben knapp 40 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von RWI, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW Berlin), Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle und ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München zusammen mit ihren Kooperationspartnern im RWI in Essen an der „Gemeinschaftsdiagnose“ gearbeitet. Die Ergebnisse wurden am 8. Oktober bei der Bundespressekonferenz in Berlin vorgestellt, der Titel des Herbstgutachtens lautete „Deutsche Konjunktur stabil - Wachstumspotenziale heben“. Das Bild zeigt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gemeinschaftsdiagnose im Essener Stadtgarten unweit des RWI.



Vorstellung der Gemeinschaftsdiagnose in Dortmund

Am 27. Oktober stellten RWI-Konjunkturchef Roland Döhrn und sein Stellvertreter Torsten Schmidt die Ergebnisse des Herbstgutachtens der „Gemeinschaftsdiagnose“ im Westfälischen Industrieklub Dortmund auf Einladung der Freunde und Förderer des RWI vor. Im Auftrag der Bundesregierung erstellt das RWI zwei Mal jährlich die Konjunkturprognose gemeinsam mit anderen führenden Wirtschaftsforschungsinstituten.



Das Bild zeigt die Veranstalter und Vortragenden im Westfälischen Industrieklub Dortmund (v.l.n.r.): Dr. Torsten Schmidt (RWI), Manfred Breuer (Präsident der Freunde und Förderer des RWI), Prof. Dr. Roland Döhrn (RWI), Dr. Thomas A. Lange (Vorstandsvorsitzender der NATIONAL-BANK AG), Joachim Punge (Vorstandsvorsitzender des Westfälischen Industrieklubs Dortmund), Prof. Dr. Wim Kösters (RWI-Vorstandsmitglied) und Michael Brückner (Direktor und Niederlassungsleiter der National-Bank AG Dortmund).

„Leibniz im Landtag“: Im Dialog mit der Politik



Ein starkes Team: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus NRW-Leibniz-Einrichtungen mit Mitgliedern des Orga-Teams von „Leibniz im Landtag“.

Bereits zum sechsten Mal luden die NRW-Institute der Leibniz-Gemeinschaft am 3. September zur Veranstaltung „Leibniz im Landtag“ ein. Mehr als 20 Forscherinnen und Forscher besuchten interessierte Abgeordnete verschiedener Parteien für einstündige Gespräche vor Ort im Landtag, um aktuelle Forschungsergebnisse und gesellschaftsrelevante Fragestellungen zu diskutieren. Das erfolgreiche Dialog-Format findet seit 2009 jährlich im Düsseldorfer Landtag statt.



Wissenschaft im Dialog: Dr. Hanna Frings (RWI) im Gespräch.

Die angebotenen Themen waren auch dieses Jahr vielfältig. Dabei profitieren vom Serviceangebot für die Politikerinnen und Politiker gleichzeitig auch die Forschenden, die aktuelle Fragestellungen und spezi-

Termine

fische Perspektiven aus Politik und Praxis in ihre Arbeit aufnehmen können. Für das RWI gingen drei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an den Start: Dr. Hanna Frings (zum Thema: „Mindestlohn: Wer profitiert und wer verliert?“), Dr. Mark Andor (zum Thema: Energiewende in NRW – Die Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit“) und Prof. Dr. Ansgar Wübker (zum Thema: „Mehr Alte, weniger Junge: Demografische Herausforderungen in der Altenpflegewirtschaft“).

NRW ist bedeutender Wissenschaftsstandort



Vertraten das RWI im Düsseldorfer Landtag: Prof. Dr. Ansgar Wübker (stellv. Leiter des RWI-Kompetenzbereichs „Gesundheit“) und Dr. Hanna Frings (stellv. Leiterin des RWI-Kompetenzbereichs „Arbeitsmärkte, Bildung, Bevölkerung“).

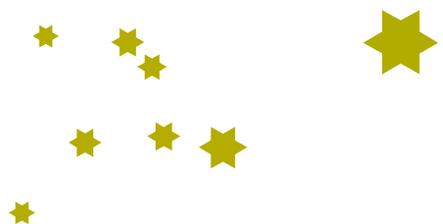
Nordrhein-Westfalen ist mit seinen zahlreichen Universitäten und insgesamt elf Leibniz-Einrichtungen und einem Standort des Leibniz-GESIS ein bedeutender Wissenschaftsstandort. Der aktive Dialog zwischen Politik und Wissenschaft ist ein wichtiges Element der Leibniz-Forschung: Durch ihn können Politik, Praxis und Gesellschaft von den Kompetenzen der Leibniz-Einrichtungen profitieren, und die Einrichtungen können die gesellschaftliche Relevanz ihrer Forschung sichtbar machen.

Neuer RWI-Stand bei EEA- und VfS-Jahrestagungen erstmals im Einsatz

Auch in diesem Jahr hat das RWI seine Forschungsarbeiten auf renommierten Konferenzen vorgestellt: Sowohl auf der Konferenz der European Economic Association (EEA) Ende August in Mannheim, als auch auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik (VfS) in Münster Anfang September präsentierte sich das Institut. Dabei kam auch der neue Stand des RWI erstmals zum Einsatz. Er ersetzt das Vorgängermodell, das nach zahlreichen Einsätzen im In- und Ausland doch allmählich in die Jahre gekommen war. Während der Vereinstagung berichtete das RWI über den Twitterkanal des Instituts (@RWI_Essen) live aus verschiedenen Sessions. Das Team der Abteilung Kommunikation informierte zudem am Stand über das Institut und seine Forschungsschwerpunkte und stand Rede und Antwort zu Diskussionspapieren, der Ruhr Graduate School in Economics, aktuellen Forschungsprojekten und Karrieremöglichkeiten. Darüber hinaus diente der Stand als Treffpunkt und Arbeitsplatz für RWI-Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer.



RWIlerinnen und RWIler vor dem neuen Institutsstand bei der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik (VfS) in Münster.





Inklusives Wachstum:

RWI-Präsident diskutiert mit Nobelpreisträger Stiglitz

Auf Einladung der Bertelsmann Stiftung kamen am 16. September 2015 RWI-Präsident Christoph M. Schmidt und der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz in Berlin zusammen, um mit 170 interessierten Bürgern über die Zunahme sozialer Ungleichheit in entwickelten Industriestaaten und über Ansätze für ein inklusives Wachstumsmodell zu diskutieren.



„rwi dialog“ zur Vorstellung des SVR-Jahresgutachtens



Anlässlich der Übergabe des Jahresgutachtens 2015-2016 des Sachverständigenrates (SVR) an die Bundesregierung hat das RWI am 11. November zum rwi dialog „Das Jahresgutachten 2015-2016 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ eingeladen. RWI-Präsident Christoph M. Schmidt stellte in seiner Funktion als Ratsvorsitzender das noch druckfrische Gutachten in der Geschäftsstelle der Leibniz-Gemeinschaft in Berlin vor. Leibniz-Präsident und „Hausherr“ Prof. Dr. Matthias Kleiner begrüßte die Gäste mit einem Grußwort.



Publikationen

RWI Impact Notes

RWI Impact Notes sind kurze Policy Briefs, die Forschungsergebnisse kurz und knapp für Entscheidungsträger oder Medienvertreter zusammenfassen.

www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-impact-notes/

Klima- und Energiepolitik in Deutschland (September 2015)

Herausforderungen für die Altenpflege der Zukunft (Oktober 2015)

Improved Biomass Cooking to Fight Climate Change and Poverty (November 2015)

Heft 95 Bensch, G., M. Grimm, J. Langbein und J. Peters

Impacts of Access to Solar Energy on Rural Households. An Evaluation of a Netherlands Supported Programme in Burkina Faso

Heft 96 Peters, J., M. Sievert, L. Lenz und A. Munyehirwe

Impact Evaluation of Netherlands Supported Programmes in the Area of Energy and Development Cooperation in Rwanda

Heft 97 Augurzky, B., A. Pilny und A. Wübker

Privately Owned Hospitals – 2015

RWI Materialien

RWI Materialien enthalten z.B. wissenschaftliche Diskussionsbeiträge, Gutachten und Stellungnahmen zu wirtschaftspolitischen Themen sowie Dokumentationen.

www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-materialien/

Heft 91 Andor, M., M. Frondel, C. M. Schmidt, M. Simora und S. Sommer

Diskussionspapier: Klima- und Energiepolitik in Deutschland: Dissens und Konsens

Heft 92 Frondel, M., N. Ritter und S. Sommer

Diskussionspapier: Stromverbrauch privater Haushalte in Deutschland: Eine ökonomische Analyse

Heft 93 Andor, M., M. Frondel und S. Rinne

Diskussionspapier: Wie unbeliebt ist Kohle und wie beliebt sind die Erneuerbaren? Eine empirische Regionalanalyse der energiepolitischen Präferenzen deutscher Haushalte

Heft 94 Andor, M., M. Frondel und S. Sandler

Diskussionspapier: Photovoltaik-Anlagen in Deutschland – Ausgestattet mit der Lizenz zum Gelddrucken?

RWI Positionen

RWI Positionen kommunizieren politikberatende Forschungsergebnisse und evidenzbasierte Handlungsempfehlungen aus allen Kompetenzbereichen des RWI.

www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-positionen/

#67 Schmidt, C. M.

Griechenland und die Eurozone: Ein Drahtseilakt

RWI Projektberichte

Das RWI übergibt seine Zwischen- und Endberichte von Gutachten, Stellungnahmen usw. als RWI Projektberichte an den jeweiligen Auftraggeber. Falls vom Auftraggeber freigegeben, stehen diese als kostenloser pdf-Download zur Verfügung.

www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-projektberichte/

RWI und Walter Eucken Institut

Überblick über die finanz- und wirtschaftspolitische Forschungslandschaft in Europa - Projektbericht zum Forschungsvorhaben fe 3/15 des Bundesministeriums der Finanzen.

IW Consult GmbH und RWI

Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft unter Minimalwachstumsbedingungen.

IEGUS Institut und RWI

Ökonomische Herausforderungen der Altenpflegewirtschaft.

RWI

Evaluation medizinischer Rehabilitationsleistungen der DRV – Abschlussbericht.

RWI

Gesetz über die Feststellung des Klimaschutzplan Nordrhein-Westfalen. Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz am 14. September.

RWI

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Stahlindustrie – Eine Aktualisierung im Lichte neuer Daten. Gutachten im Auftrag der Wirtschaftsvereinigung Stahl.

Ruhr Economic Papers

Ruhr Economic Papers werden von den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Bochum (RUB), Dortmund (TUD) und Duisburg-Essen (UDE) sowie dem RWI gemeinsam herausgegeben. Die RGS Econ (RGS) ist Mit-Herausgeber.

 www.rwi-essen.de/rep

#569 Belke, A., D. Kronen und T. Osowski (UDE)

Planned Fiscal Consolidations and Growth Forecast Errors - New Panel Evidence on Fiscal Multipliers

#570 Sievert, M. (RWI)

Rural Electrification and Domestic Violence in Sub-Saharan Africa

#571 Andreella, C., M. Karlsson, T. Nilsson und M. Westphal (RGS, UDE)

The Long Shadows of Past Insults - Intergenerational Transmission of Health over 130 Years

#572 Card, D., J. Kluge und A. Weber (RWI)

What Works? A Meta Analysis of Recent Active Labor Market Program Evaluations

#573 Frondel, M., C. Vance und A. Kihm (RUB, RWI)

Time Lags in the Pass-Through of Crude-Oil Prices - Big Data Evidence from the German Gasoline Market

#574 Geyer, J. und T. Korfhage (RWI)

Long-Term Care Reform and the Labor Supply of Household Members - Evidence from a Quasi-Experiment

#575 Moghadam, H. M. (RGS, TUD)

Price and Non-Price Competition in Oligopoly - An Analysis of Relative Payoff Maximizers

#576 Moghadam, H. M. (RGS, TUD)

The Nonparametric Approach to Evolutionary Oligopoly

#577 Belke, A., U. Haskamp, G. Schnabl und H. Zemanek (UDE)

Beyond Balassa and Samuelson - Real Convergence, Capital Flows, and Competitiveness in Greece

#578 Becker, N., K. Häger und J. Heufer (RGS, TUD)

That's Just - not Fair: Gender Differences in Notions of Justice

#579 Bensch, G., J. Peters und M. Sievert (RWI)

The Lighting Transition in Africa - From Kerosene to LED and the Emerging Dry-Cell Battery Problem



Publikationen

#580 Dang, R. (RGS, RWI)

Explaining the Body Mass Index Gaps between Turkish Immigrants and Germans in West Germany 2002-2012 - A Decomposition Analysis of Socio-economic Causes

#581 Decker, S. und H. Schmitz (RGS, RWI, UDE)

Health Shocks and Risk Aversion

#582 Bönke, T., M. Giesecke und H. Lüthen (RWI)

The Dynamics of Earnings in Germany: Evidence from Social Security Records

#583 Kind, M. (RWI)

Start Me Up – How Fathers' Unemployment Affects their Sons' School-to-Work Transitions

#584 Geyer, J., P. Haan und T. Korfhage (RWI)

Indirect Fiscal Effects of Long-term Care Insurance

#585 Dang, R. (RGS, RWI)

Spillover Effects of Local Human Capital Stock on Adult Obesity – Evidence from German Neighborhoods

#586 Belke, A., U. Haskamp und R. Setzer (UDE)

Regional Bank Efficiency and its Effect on Regional Growth in “Normal” and “Bad” Times

#587 Engel, D., M. Rothgang und V. Eckl (RWI)

Systemic Aspects of R&D Policy - Subsidies for R&D Collaborations and Their Effects on Private R&D

#588 Peters, J., A. Schoofs und M. Sievert (RWI)

Preferences over Bank and Family Loans in Rural Rwanda

#589 Peters, J., J. Langbein und G. Roberts (RWI)

Policy Evaluation, Randomized Controlled Trials, and External Validity – A Systematic Review

#590 Andor, M., M. Frondel und C. Vance (RUB, RWI)

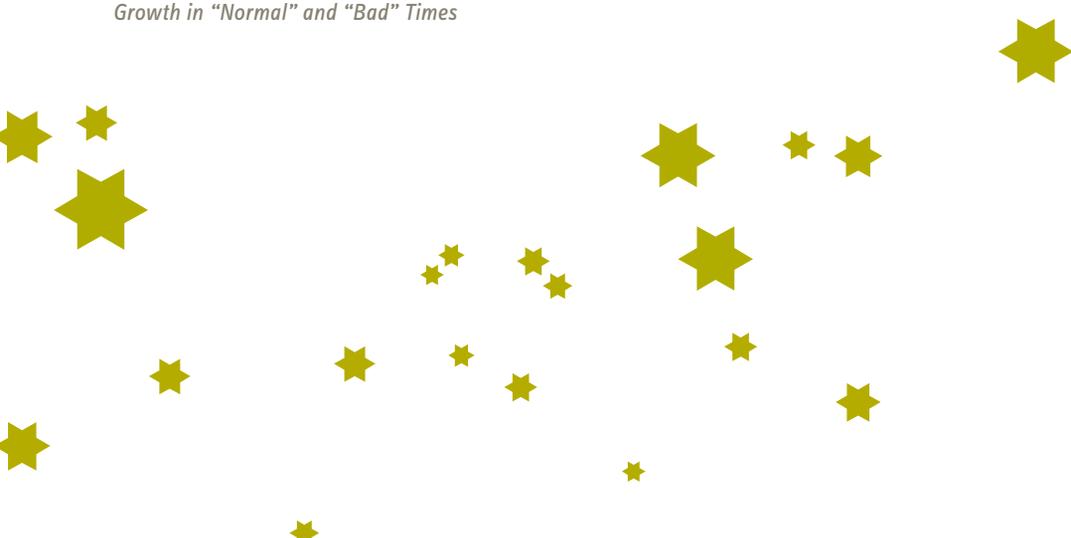
Installing Photovoltaics in Germany: A License to Print Money?

#591 Kamhöfer, D. A., H. Schmitz und M. Westphal (RGS, UDE)

Heterogeneity in Marginal Non-Monetary Returns to Higher Education

#592 Roos, M. W.M. (RUB)

The Macroeconomics of Radical Uncertainty



Statement von Christoph M. Schmidt anlässlich der Verleihung des Nobelpreises an Angus Deaton ■

Angus Deaton war einer der beiden prägenden Professoren meines Doktorandenstudiums und einer meiner Ökonometrielehrer an der Princeton University. Besonders beeindruckend an seiner Arbeit ist sein kompromissloses Streben nach akademischer Exzellenz. Es geht bei ihm nicht um die Eleganz der Methode oder die Ästhetik der Formulierung. Stattdessen steht für Angus Deaton im Vordergrund, ob die vorgelegte Analyse tatsächlich dazu beiträgt, die menschliche Erkenntnis zu erweitern. Ich habe von ihm gelernt, dass akademische Exzellenz heißt, komplexe Dinge einfach darzustellen, nicht umgekehrt. Als Persönlichkeit besticht Angus Deaton trotz aller intellektuellen Aura mit seiner Bodenständigkeit und seinem Sinn für Humor.

Seine Anwendungsgebiete, etwa die Frage nach der Bekämpfung von Armut in Entwicklungsländern oder die ganzheitliche Wohlfahrtsberichterstattung, weisen eine hohe gesellschaftliche Relevanz auf. Er hat jedoch nie einen Zweifel daran gelassen, dass vor der konkreten wirtschaftspolitischen Handlungsempfehlung, so dringend sie auch gebraucht werden mag, immer eine rigorose Analyse stehen muss, die ökonomische Theorie und angewandte Ökonometrie verbindet. Und für diese empirische Durchdringung der Realität wird häufig der Zugang zu Individualdaten, beispielsweise einzelnen Haushalten, benötigt. Deren ökonometrische Analyse erfordert wiederum eigene Methoden. Und wenn diese nicht vorhanden sind, dann muss die Forschung genau dort ansetzen und die Sachfrage mit einem innovativen Studiendesign lösen.

Personalien: Prof. Regina Riphahn ist neue Vorsitzende des RWI-Forschungsbeirats ■

Der Forschungsbeirat des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) hat gestern Prof. Regina T. Riphahn, Ph.D., zu seiner neuen Vorsitzenden gewählt. Die Inhaberin des Lehrstuhls für Statistik und empirische Wirtschaftsforschung an der Universität Erlangen-Nürnberg hatte das Amt der Forschungsbeirats-Vorsitzenden bereits seit Juni kommissarisch inne, nachdem der bisherige Vorsitzende Prof. Dr. Justus Haucap turnusgemäß ausgeschieden war.

Zu seinem stellvertretenden Vorsitzenden wählte der Forschungsbeirat Prof. Dr. Stefan Felder. Er ist Inhaber des Lehrstuhls für Health Economics an der Universität Basel.

Ansgar Wübker zum RUB-Professor ernannt



Bereits im Juli 2015 wurde der stellvertretende Leiter des RWI-Kompetenzbereichs „Gesundheit“, Dr. Ansgar Wübker, zum außerordentlichen Professor der Ruhr-Universität Bochum (RUB) ernannt. Die Bezeichnung „außerplanmäßiger Professor“ kann

von Universitäten an Personen verliehen werden, die die Einstellungs Voraussetzungen einer Professorin oder eines Professors nach § 36 des Hochschulgesetzes erfüllen und in Forschung und Lehre hervorragende Leistungen erbringen. Mit dieser Ernennung verbunden ist unter anderem das Promotionsrecht sowie die Verpflichtung zur Lehre im Umfang von zwei Semesterwochenstunden. Neben seiner Tätigkeit am RWI ist Ansgar Wübker damit fortan auch Mitglied der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der RUB.

Stefan Rumpf zum stellv. Sprecher des Leibniz-Verwaltungsausschusses gewählt



In seiner Sitzung am 1. Oktober in Berlin hat der Verwaltungsausschuss (VA) der Leibniz-Gemeinschaft den kaufmännischen Geschäftsführer des RWI, Dr. Stefan Rumpf, zu seinem stellvertretenden Sprecher gewählt.

Der Verwaltungsausschuss ist ein Gremium der administrativen Leiter und Leiterinnen der Mitgliedseinrichtungen zu allen kaufmännischen, administrativen, rechtlichen und finanztechnischen Themen. Er dient dem Erfahrungsaustausch und erarbeitet Stellungnahmen und Empfehlungen an den Vorstand und das Präsidium der Leibniz-Gemeinschaft. Zudem nominiert er eines seiner Mitglieder als Kandidatin oder Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten. Sprecher bzw. Sprecherin des VA sind Mitglieder des Präsidiums der Leibniz-Gemeinschaft.

RWI mit „PEGNet Best Practice Award 2015“ ausgezeichnet

Das internationale Forschungsprojekt „Impact Evaluations of Access-to-Energy Interventions Supported by the Netherlands“, das die Wirkungen verschiedener Entwicklungsmaßnahmen der niederländischen Regierung in den Ländern Burkina Faso, Indonesien und Ruanda untersucht hat, ist am 9. Oktober in Berlin mit dem „Best Practice Award 2015“ des Poverty Reduction, Equity and Growth Networks (PEGNet) ausgezeichnet worden. Das Projekt wurde vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung in Essen (RWI) geleitet und gemeinsam mit Wissenschaftlern

der Universität Passau und der Erasmus Universität Rotterdam durchgeführt.

Der „PEGNet Best Practice Award“ wird an Projekte verliehen, bei denen Wissenschaft und entwicklungspolitische Praxis besonders effektiv zusammenarbeiten.

Im Rahmen des Projekts führte das Team um Prof. Dr. Michael Grimm (Universität Passau) und Prof. Dr. Jörg Peters (RWI) im Auftrag des niederländischen Außenministeriums insgesamt neun Wirkungsanalysen von Entwicklungsprogrammen durch, die Haushalten in den Ländern Burkina Faso, Indonesien und Ruanda Zugang zu sauberer, nachhaltiger Energie ermöglichen sollten. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler untersuchten fünf Jahre lang, in welcher Weise der Wandel in der Energieversorgung sich auf den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel eines Landes übertragen kann und welche Wirkungen sich konkret feststellen lassen.



Prof. Dr. Michael Grimm (Universität Passau, v.l.) und Luciane Lenz (RWI) nahmen den Preis von Prof. Dr. Manfred Wiebelt (PEGNet) in Berlin entgegen.

In Burkina Faso beispielsweise untersuchten die Wissenschaftler die Wirkungen von effizienteren Kochherden, in Ruanda kleine Solarsysteme und in Indonesien Kleinwasserkraftwerke in abgelegenen Bergregionen. Die sehr aufwändigen Analysen zeigten teils starke Effekte der veränderten Energieversorgung auf die Lebensbedingungen der Menschen, die von geringeren Energieverbräuchen oder besseren Bildungsmöglichkeiten profitieren. Allerdings stehen solchen Wirkungen sehr unterschiedliche Investitionskosten gegenüber. Im Falle von effizienteren Kochherden beispielsweise sind diese sehr niedrig, Ausbau des Stromnetzes oder

die Installation von Mikro-Biogasanlagen hingehen erfordern sehr hohe Investitionen. Die Ergebnisse des Projekts wurden in mehreren wissenschaftlichen Publikationen veröffentlicht.

Das Poverty Reduction, Equity and Growth Network (PEGNet) wurde 2005 auf gemeinsame Initiative deutscher Entwicklungsökonominnen, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und verschiedener ausführender Organisationen, darunter die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit und die Kreditanstalt für Wiederaufbau, gegründet. In den zehn Jahren seines Bestehens hat sich PEGNet als eines der größten Netzwerke für Wissenschaftler und Praktiker etabliert, die sich mit den Zusammenhängen zwischen Armut, Ungleichheit und Wachstum in Entwicklungsländern auseinandersetzen.

eRWIscht...



... und zwar beim diesjährigen Betriebsausflug des RWI am 15. September. Nach einer interessanten Führung durch das Kreismuseum Wewelsburg am Vormittag machten die RWI-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter nachmittags Station in Bad Wünnenberg/Aatal, um diversen Outdoor-Aktivitäten nachzugehen.

Gesundheitstag im RWI



Verspannt oder entspannt? Das konnten die RWIler im Rahmen des 4. Gesundheitstages herausfinden, der am 18. August 2015 im Institut stattfand und von einer Krankenkasse unterstützt wurde. Das Foto zeigt RWI-Pressesprecherin Sabine Weiler bei der Messung der Muskelspannung im Schulter-/Nackengebiet.

Virtualisierung der PC-Arbeitsplätze

Künftig können RWI-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Home-Office und auf Dienstreisen auf alle Daten und Dateien, auf die Sie auch im RWI eine Zugriffsberechtigung haben, zugreifen. Möglich macht das eine vollständige virtuelle Desktopumgebung, für die schnelle Speicherkapazitäten und Softwarelizenzen von der institutseigenen EDV-Abteilung ausgebaut wurden. Eine strikte Trennung zwischen dem RWI-System und dem extern benutzten Endgerät, sowie der Einsatz einer Zwei-Faktor-Authentifizierung sorgen dabei für einen wirkungsvollen Schutz gegen Angriffe von außen und gewährleisten die Datensicherheit. Gegenüber dem herkömmlichen VPN-Tunnel zeichnet sich das neue System auch durch eine hohe Bandbreiteneffizienz aus. Die volle Nutzung ist daher selbst bei einer langsamen Internetverbindung möglich.

Verlängerung des Kooperationsvertrags mit Familienservice

Das RWI verlängert über das Pilotjahr 2015 hinaus die Zusammenarbeit mit der BUK Familienbewusstes Personalmanagement GmbH. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Betreuungsverantwortung für Kinder oder in Pflegeverantwortung für Angehörige können damit weiterhin vielfältige Familienservice-Leistungen in Anspruch nehmen. Mit dieser Maßnahme möchte das RWI dazu beitragen, dass berufliche Anforderungen und familiäre Verpflichtungen besser in Einklang gebracht werden können.

RWI unterzeichnet EU Charta

Die inzwischen schon 10 Jahre alte Europäische Charta für Forscher und der Verhaltenskodex für die Einstellung von Forschern/innen gewinnen im Zusammenhang mit der Einwerbung von EU-Projekten zunehmend an Bedeutung. Da sich weite Teile dieser Empfehlungen für verbesserte Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen für hochqualifizierte Forschende in Europa ohnehin schon in der im RWI gelebten Kultur wiederfinden, hat das RWI nun die Unterstützungserklärung für die Europäische Forschercharta und den Verhaltenskodex für die Einstellung von Forschern unterzeichnet und an die Europäische Kommission übermittelt. Das Institut möchte hiermit einen Beitrag zur Optimierung der Forschungsbedingungen und des Arbeitsmarktes für Wissenschaftler/innen in Europa leisten und versteht dies gleichzeitig als Ansporn und Selbstverpflichtung zur entsprechenden Etablierung des Arbeitsumfeldes für Forscherinnen und Forscher im RWI.

Das RWI ist damit aktuell eine von 19 deutschen Einrichtungen, die diese Charta unterschrieben haben.

http://ec.europa.eu/euraxess/pdf/brochure_rights/rights_leaflet_lowres_de.pdf

<http://ec.europa.eu/euraxess/index.cfm/rights/charterAndCode>

Weihnachtsfeier: Denken und Bauen im Team



Teamarbeit stand im Zentrum der RWI-Weihnachtsfeier, ging es doch darum, gemeinsam mit seinen Tischnachbarn ein individuelles Lebkuchenhaus zu gestalten. Die Zutaten für die Dekoration konnten in einem gleichzeitig laufenden Quiz erspielt werden. Während also die einen mit Quizzen beschäftigt waren, machten sich die anderen ans Bauen. Heraus kamen äußerst originelle Behausungen, die Fotos zeigen ein Team in Aktion und das Gewinnerhaus.



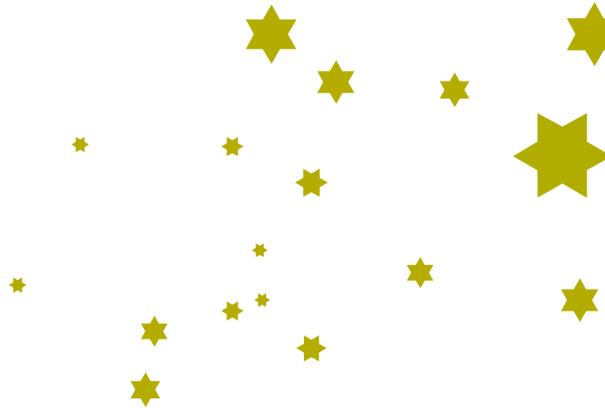
Neu im RWI



Astrid Schürmann

Seit 1. Dezember 2015 leitet Astrid Schürmann die Serviceabteilung „Bibliothek und Archiv“. Zuvor arbeitete die studierte Diplom-Übersetzerin nach dem Abschluss des postgradualen Master-Studiums „Library and Information Science“ an der Humboldt-

Universität Berlin mehrere Jahre als Fachreferentin und Leiterin der Erwerbungsabteilung an den traditionsreichen Universitätsbibliotheken in Jena und Greifswald.



Neu in der RGS



Helge Braun ist seit Juli 2015 Koordinator der RGS Econ. Er studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität zu Köln und promovierte an der Northwestern University. Von 2007 bis 2015 war er Lehrprofessor für Makroökonomik und Akademischer Direktor des Masterprogramms an der Universität

zu Köln. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der Makro- und Arbeitsmarktökonomik.

Im Oktober 2015 startete der 12. Jahrgang der Ruhr Graduate School in Economics (RGS Econ). Fünf der neuen Stipendiatinnen und Stipendiaten stellen wir Ihnen in dieser Ausgabe vor, weitere vier werden in der nächsten Ausgabe der „RWI News“ folgen.



Im Oktober 2015 startete der 12. Jahrgang der Ruhr Graduate School in Economics (RGS Econ). Fünf der neuen Stipendiatinnen und Stipendiaten stellen wir Ihnen in dieser Ausgabe vor, weitere vier werden in der nächsten Ausgabe der „RWI News“ folgen.



Tom Bauermann studierte Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaften an der Universität Jena. In seiner Masterarbeit untersuchte er den Einfluss von Einkommensungleichheit auf Wachstum in EU-Ländern. Während des Studiums arbeitete er als Tutor in Statistik und Empirische Methoden. Des Weiteren absolvierte er Praktika bei dem IAB Sachsen und bei der KfW.

Des Weiteren absolvierte er Praktika bei dem IAB Sachsen und bei der KfW.



Neu in der RGS

Raphael Becker studierte Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Mannheim und Bonn. In seiner Masterarbeit untersuchte er den Einfluss von Persönlichkeitseigenschaften und Präferenzen auf das geschlechtsspezifische Lohngefälle. Er arbeitete als studentische Hilfskraft am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik und absolvierte ein Praktikum bei der Deutschen Bundesbank.



Patrick Gauß studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Hohenheim. In seiner Masterarbeit untersuchte er den Effekt von tertiären Bildungsgraden auf die Lohnverteilung mittels nicht-parametrischer Verfahren. Er war während seines Studiums studentische Hilfskraft in Finanzwissenschaften und in Arbeitsmarktökonomik.



Friederike Blönnigen studierte Wirtschaftsmathematik an der TU Dortmund und verbrachte ein Auslandssemester an der Universität von Jyväskylä, Finnland. In ihrer Masterarbeit untersuchte sie individuelle Macht in sozialen Tauschnetzwerken, wobei sie ein Tauschnetzwerkspiel mit

Hilfe einer Netzwerkfunktion aus der kooperativen Spieltheorie modellierte. Während ihres Studiums arbeitete sie als Tutor in Analysis und Mikroökonomik und als studentische Hilfskraft am RWI.



Hannes Greve studierte Entwicklungsökonomik, Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaften an der Universität Göttingen. Er verbrachte ein Auslandssemester an der Universität von Guadalajara. In seiner Masterarbeit untersuchte er die Wohlfahrtswirkungen von Energiepreissteigerungen mittels einer Nachfragesystemanalyse. Er war studentische Hilfskraft am German Institute of Global and Area Studies (GIGA) in Hamburg.



Wir wünschen frohe Weihnachten
und ein glückliches und erfolgreiches Jahr 2016.

„Was macht eigentlich...“

... Arndt Reichert?



Dr. Arndt Reichert arbeitet seit 2014 als Ökonom im Development Impact Evaluation (DIME) Team bei der Weltbank in Washington. Dort koordiniert er das Energieprogramm und erforscht, inwiefern sich Investitionen in eine verbesserte Stromversorgung auf den Industriesektor in Nepal auswirken. Ein weiterer Schwerpunkt seiner Arbeit liegt auf der semi-urbanen und ländlichen Elektrifizierung in Argentinien, Kenia und dem Senegal. Von 2008 bis Mai 2014 war er Wissenschaftler im Kompetenzbereich „Gesundheit“ am RWI; 2012 wurde er an der Ruhr-Universität Bochum promoviert.

1.) Was haben Sie aus Ihrer Arbeit am RWI für Ihre jetzige Tätigkeit gelernt?

Unheimlich viel! Methodenkenntnisse, Forschungsvorhaben konzeptionell aufsetzen, Projektleitung etc. Alles, was ein empirischer Wirtschaftsforscher so braucht. Das kann ich sehr gut bei meiner jetzigen Tätigkeit einsetzen.

2.) Was haben Sie aus Ihrer Zeit am RWI noch am deutlichsten in Erinnerung?

Fußball am Donnerstag und Badminton am Dienstag. Das war schon großartig und steht meiner Meinung nach für den guten Zusammenhalt am RWI. Das Seminarwandern und wissenschaftliche Konferenzen waren natürlich auch Highlights. Gerne erinnere ich mich beispielsweise an die Scottish Economic Society Annual Conference 2009 – im Prinzip meine erste Konferenz. Fast alle damaligen Doktoranden und Prof. Schmidt als Keynote Speaker waren damals mit von der Partie.

3.) Wie unterscheidet sich das, was Sie jetzt tun, von Ihrer Arbeit am Institut?

Inhaltlich ist meine Arbeit auf neue Themenfelder ausgerichtet (Energie, Entwicklungsländer und starker Fokus auf Feldexperimente). Relativ neu ist für mich auch die programmatische Arbeit, bei der ich in Abstimmung mit einer Vielzahl von Akteuren – wie beispielsweise der Energieabteilung der Weltbank, nationalen Entwicklungsinstitutionen und akademischen Partnern – Forschungsschwerpunkte definiere. Anders ist auch der permanente Zeitdruck und die Notwendigkeit, schnell Entscheidungen zu treffen.

4.) Was ist aus Ihrer Sicht die größte Herausforderung, die zukünftig auf die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute zukommen wird?

Einerseits ist es überaus wichtig, Forschungsarbeiten inklusive Methodik in allgemein verständlicher Sprache darzulegen, um Wirkungstreffer erzielen zu können. Dies scheint zunehmend herausfordernd angesichts methodischer Weiterentwicklungen. Andererseits ist die Anwendung neuester Methoden der empirischen Wirtschaftsforschung alternativlos.

5.) Auf welche Frage würden Sie gerne einmal antworten? Geschüttelt oder gerührt?



RWI News

Nr. 3/2015 (Dezember)

Herausgeber:
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1-3
45128 Essen

Fon: 0201-8149-0, Fax: 0201-8149-200

rwi@rwi-essen.de

www.rwi-essen.de

Alle Rechte vorbehalten

Redaktion: Katharina Fischer (Tel. -244), Sabine Weiler (V.i.S.d.P.)

Layout: Daniela Schwindt, Julica Bracht

Bildnachweis: Julica Bracht/RWI (2, 15, 17, 18, 25, 26, 28, 29, 30), Gesine Born (21),
PEGNet (26), Sebastian Pfütze(21), Arndt Reichert(31), RWI (20, 27), Daniela Schwindt/
RWI (27, 29), SVR (18), UDE (14), UDE/Frank Preuß (14), Westfälischer Industrieklub
Dortmund/Jan Heinze (19), Frank Wiedemeier (19, 20)

ISSN 1612-3581